Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20
bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 40 | Montag, den 8. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Geheimerlaß der Regierung. Wie wir aus sonst sehr zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Reichsregierung in einem streng vertraulichen Rundschreiben an die regierungsoffiziöse und bürgerliche Presse die Weisung gegeben, die sogenannte Auslieferungsfrage Hindenburgs und Ludendorffs mit keiner Silbe zu behandeln, um zu „vermeiden", daß die Entente unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den Weststaaten die Angelegenheit zu „einer Prestigefrage mache".

Die Toren der deutschen Regierung, an der Spitze Herr v. Simson, glauben im Ernst, mit derlei Mätzchen die Ententegewalthaber umstimmen zu können, daß sie auf die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs und der übrigen Legion der Heerführer verzichten. Die öffentliche Meinung der Ententestaaten wird gebieterisch die Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher, einschließlich Hindenburg und Ludendorff, verlangen. (Leipziger Volksstimme.)

Noske stellt die baltischen Meuterer ein. Noske erklärte einem Zeitungsreporter bezüglich der Baltikumtruppen: „Es war nicht möglich, so viele Leute nach Deutschland hereinzulassen, aber zu erklären: Ihr seid keine Deutschen mehr. — Als die Truppen erklärten, unter General Eberhard heimkehren zu wollen, mußte auch die Sperre der Löhnung und der Zufuhr aufgehoben werden. Die jetzt heimkehrenden Truppen sind demgemäß deutsche Staatsbürger, werden nicht als fahnenflüchtig betrachtet und erhalten bis zu ihrer gänzlichen Abrüstung Löhnung, Verpflegung und Ausrüstung: Die Abrüstungsorte sind auf das ganze Reich verteilt. Eine Uebernahme von Formationen der Baltikumtruppen in die Reichswehr ist ausdrücklich verboten. Da jedoch alles darangesetzt werden muß, entsprechend dem Friedensvertrage nur Leute in der Reichswehr zu haben, die sich zu 12jähriger Dienstzeit verpflichten, ist es möglich, daß mancher von den Heimkehrern, wenn er sich hierzu verpflichtet, Aufnahme findet. Für Offiziere habe ich mir für jeden einzelnen Fall die Entscheidung vorbehalten."

Bekanntlich hat die Reichswehr viel zu viel Menschen. Noske ist aber bereit, gerade den Baltikummeuterern eine Zufluchtsstätte zu bieten.

Wie Bulgarien die Kriegs-Schuldigen bestraft. Die amtliche Dacia meldet aus Sofia: Der bulgarische Gesetzentwurf über die Aburteilung der für den Krieg verantwortlichen Personen ist fertiggestellt und enthält folgende Bestimmungen: Wer an den Vorbereitungen zum Krieg, an der Kriegserklärung und an der dauernden Weiterführung des Krieges tätig Anteil genommen hat, wird mit dem Tode und der Beschlagnahme seines sämtlichen Vermögens bestraft. Hierbei soll es gleichgültig sein, ob es sich um das ehemalige Staatsoberhaupt, um Minister oder Heerführer handelt. Diplomaten und bevollmächtigte Gesandte, welche an dem Abschluß der Geheimverträge beteiligt waren, welche zum Kriege führten, sollen mit 15 Jahren Gefängnis und Konfiskation ihres Vermögens bestraft werden. Sobranjemitglieder, Präfekten und militärische Kommandanten, die durch Ausübung ihrer Amtspflichten zum Kriege beigetragen haben, werden mit Gefängnis von 10 bis 15 Jahren bestraft und verlieren ihre Stellung. Dieselbe Strafe wird gegen jene Personen ausgesprochen, die die Kriegszeit zu Wuchergeschäften ausgenützt haben. Ueber die Schuldigen wird ein nationaler Gerichtshof urteilen. — Und Deutschland?

Wie Radek entlassen wurde. Die Stellen, die im Reichswehrministerium die Haftentlassung Radeks vornahmen, machten es so, daß eine ganze Abteilung von Kriminalbeamten Radek in die Privatwohnung brachten, als ob es diesen Stellen besonders daran gelegen hätte, den Aufenthalt Radeks öffentlich bekannt zu machen. Gleichzeitig wurde auch durch die daran Interessierten in die ganze Presse die Nachricht von der bevorstehenden Abreise Radeks lanciert. Nachdem so dafür gesorgt war, daß alle Welt von der Ueberführung Radeks wußte, wurde die Wohnung des Gastgebers Radeks von einer ganzen Abteilung von Kriminalbeamten besetzt, von denen sie vier in seinem Zimmer postierten mit der Weisung, Radek zu bewachen, ebenso in seinem Schlafzimmer, wie bei allen Funktionen, die selbst Polizeigewaltige den Gefangenen nicht verbieten können. Radek forderte seine sofortige Zurückführung ins Gefängnis, falls diesem ebenso dummen wie brutalen Vorgehen kein Ende bereitet würde. Schließlich entschloß man sich auf Protest des Rechtsanwalts Radeks, einen Teil der Polizeibeamten zurückzuziehen, der andere blieb jedoch in der Wohnung Radeks, und die Tür zu seinem Schlafzimmer mußte offen bleiben.

Der Berliner Belagerungszustand aufgehoben. Das preußische Ministerium hat den Belagerungszustand über Berlin, Spandau, Teltow und Niederbarnim aufgehoben. Die deutschen Schutzhaftgefangenen sind in diesen Kreisen in Freiheit gesetzt.

Metallarbeiterstreik in Chemnitz. Die Lohnbewegung in der Chemnitzer Metallindustrie umfaßt alle Betriebe. Einzelne Firmen, mit denen besondere Abmachungen getroffen waren, sind von der Streikbewegung ausgenommen worden. Infolge des Ausstandes mußte eine Anzahl großer Betriebe stillgelegt werden, u. a. die Wandererwerke, die Zimmermannwerke, die Sächsische Maschinenfabrik, die Reinecker A.G., die Werkzeugmaschinenfabrik Union.

Neue Schandtat der Baltikum-Spitzbuben. In der Nacht vom 3. zum 4. Dezember ist der Eisenbahnwagen der alliierten Offiziere auf dem Bahnhof in Schaulen von Mannschaften eines Transports mit Handgranaten beworfen worden; die Untersuchung ist im Gange. Infolge Nichtabgabe des Materials an die Litauer ist eine starke Spannung mit der interallierten Kommission entstanden.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt mit, daß sich die Disziplin stark gelockert habe. Auch bei der Eisernen Division sei dies der Fall.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5]

3. Verhandlungstag

(Schluß der Vormittagssitzung.)

Berg-Wilhelmshaven sieht das Problem in dem Festhalten der Macht. Notwendig ist, praktisches Wissen in das Proletariat zu tragen. Der nötige Ueberblick fehlt. Ich fordere deshalb, in das Aktionsprogramm die Forderung aufzunehmen nach einer Weiterbildung der Erwachsenen. Wir verlangen Aufklärungsmaterial in vereinheitlichter Form, um den Massen die Aufnahme zu erleichtern.

Frieling-Altona erklärt sich mit der Einsetzung einer Redaktions-Kommission einverstanden, ebenso mit der Schaffung einer Programm-Kommission. Man sollte sich im Aktionsprogramm nicht nur lediglich auf die Betriebsräte beschränken, sondern auf das Rätesystem im allgemeinen. Redner verliest die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates und stellt fest, daß man hier in der Berufung einzelner Mitglieder durch den Reichsrat die alten monarchistischen Tendenzen wieder aufgenommen hat. Die Einigung kann nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes erfolgen. Der Berliner Freiheit wirft der Redner vor, daß sie nicht genügend die Interessen des Rätesystems und der revolutionären Tendenzen wahrnehme.

Oskar Cohn-Berlin ist ebenfalls mit der Einsetzung einer Redaktionskommission für das Aktionsprogramm einverstanden und wünscht die sofortige Zusammensetzung derselben. Mit der Eroberung der politischen Macht und der Durchführung des Rätesystems ist auch verbunden die Einigung des Proletariats. Wie soll sonst die politische Macht gegen das Bürgertum erobert werden und wie soll sie sich auf die Dauer behaupten, ohne die Mehrheit der produktiven und besitzlosen Klassen. Sie müßte sich halten als Diktatur der Minderheit mit all ihren Schrecken, mit all ihrer Zerstörung produktiver Kräfte. Das beweist uns das Beispiel Rußlands, wo zu den Verfolgtesten und Bedrücktesten die Sozialisten zählen, die Martow und Dan. Sie gehören gerade so zu den Opfern der Gewalt wie das Bürgertum. Eine Einigung ist aber auch notwendig zum Aufbau des Rätesystems. Wie soll sich eine Herrschaft der Räte halten, ohne den übereinstimmenden Willen des größten Teils des Proletariats. (Sehr richtig!) Die Einigungsfrage ist falsch gestellt, wenn man sie auffaßt als Einigung mit den rechtssozialistischen Führern. Cohn gibt das Bild des Baumes, der trotz seiner auseinanderstrebenden Teile im Erdreich wurzelt und macht hieran die gleiche Wurzelhaftigkeit des ganzen Proletariats anschaulich. Vergessen wir nicht, daß hüben und drüben gesündigt worden ist. Während und nach dem Kriege wurde die Erkenntnis, daß die Einigung von unten auf erfolgen soll. Ich habe darüber mit Scheidemann auf dessen Wunsch gesprochen, erst in der Schweiz und dann im Reichstag. Redner verwahrt sich gegen den Vorwurf Curt Geyers, daß seine Berufung in den Vorstand der Nationalversammlungs-Fraktion eine Art Relief abgeben sollte. Außer der politischen und rednerischen Befähigung müsse auch die Stärke des Charakters bei unseren Führern geprüft werden. (Lebhafte Zustimmung!) Von Koenen verlange er positive Bekundung der Verbrechen, die er, Cohn, verübt haben solle. Genosse Cohn verwahrt sich unter stürmischem Beifall des Parteitages gegen die Unterstellung, daß er durch seine Wirksamkeit sich irgend wie mit Scheidemann oder Noske identifiziert habe. Ich traue mir den Mut zur Unpopularität zu. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen!)

Kunert-Halle erklärt sich mit den Bestimmungen für die Einigung, von denen das neue Aktionsprogramm spricht, einverstanden. Er vertritt einen Antrag Adolf Hoffmann-Berlin, anstelle „Erklärung der Religion als Privatsache" zu setzen „Freiheit der religiösen und antireligiösen Ueberzeugung". Man steht dem parlamentarischen System durchaus freundlich gegenüber in den anderen Ländern. Das beweisen die Wahlen in Bulgarien, Frankreich, Italien und anderen Ländern. Man darf den Sumpf des bürgerlichen Parlamentarismus nicht mit dem parlamentarischen System verwechseln. Die Valuta des Rätesystems ist durch die Niederdrückung des Parlamentarismus nicht zu heben. Man muß von dem Standpunkt ausgehen, daß die Wahlen ein Gradmesser für die Reife des Proletariats sind. Wir könnten niemand anderem als unserem bittersten Feind einen Dienst erweisen, wenn wir bei Seite stehen wollten. Innerhalb des Kapitalismus gibt es nichts anderes als Beteiligung an den Wahlen, Erringung der höchsten Stimmenzahl und der Mandate. (Bravo.)

Hilferding bittet, den Antrag abzulehnen, das Programm bis zum nächsten Parteitag zu verschieben. Wir brauchen es jetzt. Er bittet weiter, den Antrag Braß abzulehnen, der den Ausdruck „auch der Parlamente" streichen will. Der Parteitag würde eine Unklarheit schaffen, wenn er diese Streichung vornehme. Der Boden der demokratischen Republick ist der günstigste des Klassenkampfes. Deshalb müssen wir die Demokratie und die Republik mit Hörnern und Zähnen verteidigen. (Sehr richtig.) Genosse Hilferding tritt der Art und Weise entgegen, wie gegen die Theorethiker, die keine unmittelbare revolutionäre Situation erwarten, besonders gegen Kautsky vorgegangen wird. Er verliest zur Beweisführung einen Artikel aus den Mitteilungen der Zentrale der Betriebsräte, ebenso einen Artikel Curt Geyers aus dem Pressebureau. Dort wird diesen Genossen vorgeworfen, daß sie nur den geeigneten Moment abwarten, um sich mit den Rechtssozialisten zu einigen. Das ist eine ganz niedrige Kampfesweise. Was ich theoretisch bekundet habe, bin ich auch gewohnt, politisch zu vertreten, wenn man aber gegen die Wissenschaft so vorgeht, dann braucht die Partei überhaupt keine mehr. Ich möchte Geyer sagen: Wenn er meint, daß wir Theoretiker unsere Anschauungsfreiheit einschränken lassen, ist er schief gewickelt. Wenn der Wissenschaft ihr Resultat vorgeschrieben wird, ist ihre Arbeit unnütz und wird dogmatisch. Lassalle hat gesagt: Die Wissenschaft sei frei bis zum Mißbrauch. Lassalle hat weiter gesagt: Die Wissenschaft und die Arbeit gehören zusammen. Deshalb soll man die Arbeiter nicht gegen die Wissenschaft aufhetzen. Zur Einigung sagte Hilferding, daß das platte Interesse des Proletariats eine organisatorische Einheit gebiete. Die Zeit für sie komme vielleicht nach den Wahlen, die den Zusammenbruch der rechtssozialistischen Partei bringen wird. Dann erst kann man über die Grundlagen der Einigung reden. Genosse Hilferding schilderte, wie er bereits während des Kriegs die Gewißheit hatte, daß dieser Krieg viel länger dauere, als man annahm, und daß ihm folge all das Elend, was wir jetzt erleben. Die Nichterfolgung der Sozialisierung liegt nicht nur an der Regierungsform, sondern am Fehlen der sozialistischen Erkenntnis bei den Massen. Das letzte Jahr bedeutet eine Stärkung des Bürgertums. Diese Verschiebung der Machtverhältnisse dürfen wir nicht übersehen. Es ist möglich, daß der Elendszustand revolutionierend wirkt, aber dieses andauernde Elend kann auch in anderm Sinne wirken. Auch wir müssen unsere Taktik auf beide Möglichkeiten einstellen.

Nachmittagssitzung.

Nach der Eröffnung durch Vorsitzenden Lipinski nimmt Genosse Oskar Cohn seine Angriffe gegen Genossen Stoecker zurück, da die Sache aufgeklärt worden sei. (Bravo.)

Vorsitzender Lipinski schlägt vor, heute noch die Debatte und das Schlußwort über das Aktionsprogramm zu erledigen und dann die Redaktionskommission zusammentreten zu lassen. Der Parteitag stimmt dem zu. Die Diskussion über „Programm und Taktik der Partei" geht weiter.

Espe-Nordhausen wendet sich gegen die Einigung von oben durch die Führer und verlangt, daß die Massen zur selbständigen Handlung erzogen werden müssen. In der Einigungsfrage stimmt er im Wesentlichen den Ausführungen Cohns und Hilferdings zu. Er verlangt klare Stellung zur Agrarfrage.

Fleißner-Dresden: Ich habe aus den Ausführungen des Genossen Däumig, denen ich mit großer Erwartung entgegensah, entnommen, daß keinerlei grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen rechts und links. Verschiedene Auffassung taktischer Natur gibt es und wird es immer geben. Den Antrag auf Streichung des Passus „auch die Parlamente" bittet er zurückzuziehen. Wir überschätzen nicht den Parlamentarismus. Auch Radek widerspreche der Auffassung, als seien die Bolschewisten grundsätzlich antiparlamentarisch gesinnt.

Koenen-Berlin entgegnet Fleißner, daß die Bolschewisten den Parlamentarismus zwar zur Aufrüttelung der Massen brauchen, aber nicht zur ev. Regierungsbildung mit Rechtssozialisten und Bürgerlichen im kapitalistischen Staat. Hinter dem Wort „parlamentarisch" ist hinzugekommen im Aktionsprogramm „Massenaktion". Darauf hätte Fleißner auch hinweisen müssen. Koenen schildert gegenüber Cohn bei der Neubildung des Fraktionsvorstandes und zitiert Henke, der sich ebenfalls gegen Cohn als Vorsitzenden in der Fraktion erklärt hat wegen seiner parlamentarischen Verbindung mit Demokraten und Rechtssozialisten. Wir wollen uns fortan nicht mehr beurteilen lassen nach der lavierenden Tätigkeit des Genossen Cohn. Der Parteitag soll es zeigen, ob es dasselbe ist, mit den gehetzten Opfern der bürgerlichen Domokratie sich zusammenfinden oder ob mit Spahn und Scheidemann. Genosse Koenen polemisiert gegen Hilferding und gibt zu, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten unter den Anwesenden nicht gibt. Wenn Hilferding meint, er sei immer für Sozialisierung gewesen, so fragt es sich, für welche? Für die Sozialisierung auf dem Boden der bürgerliche Demokratie! Der Druck der Massen hat im Dezember, Jannar, Februar und März nicht gefehlt, er hat mi elementarer Wucht die Sozialisierung gefordert. Aber man hatte sich auf die Nationalversammlung eingerichtet. Vor Niederlagen wollen wir wohl alle bewahrt bleiben, aber vorangehen mit der revolutionären Aktion, das ist das Richtige und sich nicht von historischen Rückblicken halten lassen. Wir haben die Gelegenheit für die Sozialisierung verpaßt, wenn wir nicht mit aller Macht den Willen zum Sozialismus durchsetzen. Die Umschichtung der Bevölkerung bietet uns aber andere taktische Maßnahmen. Es wäre Aufgabe der Wissenschaftler, an der Hand dieser objektiven Möglichkeiten die Theorie der Massenaktion, des Massenstreiks fortzuentwickeln. Hier ist Arbeit für die Kautsky, Hilferding, Ströbel u. a. (Lebh. Beifall.) Man soll uns stärken, stützen und nicht in den Rücken fallen. Gegen Kautsky und Ströbel sind die schärfsten Grenzlinien angebracht. Hilferding läßt diese Leute Leitartikel in der Freiheit schreiben. Das neue Programm atmet den Geist, den wir wünschen.

Aber es wird noch manchen Strauß kosten, um die von rechts ganz auf dieses Programm zu verpflichten. (Stürm. Beifall!)

Es ist ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten eingegangen. Der Antrag wird abgelehnt.

Sievers-Neukölln: Den Ausführungen des Genossen Seeger ist die Ablehnung der proletarischen Diktatur und des Rätesystems zu entnehmen. Für Cohn gilt dasselbe. Die Mehrheit der Bevölkerung haben wir solange nicht für uns, solange sie der reaktionären Beeinflussung ausgesetzt ist. Ausgesprochen muß werden, daß die Passivität gegenüber dem Kampf ums Rätesystem uns in den letzten Monaten schwere Hemmschuhe anlegte.

Eichhorn-Berlin stellt die erfreuliche Erscheinung fest, daß es über die grundsätzlichen Fragen keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Eichhorn tritt der Auffassung des Gen. Cohn sowohl hinsichtlich der Diktatur des Proletariats als auch der Einigung entgegen. Das Proletariat hat wohl eine gemeinsame Grundlage, aber politische Parteien haben doch grundsätzliche Unterschiede. Eine Einigung mit den Rechtssozialisten bedeutet eine Einigung mit dem Bürgertum. (Sehr richtig!) Das ist unmöglich. Wir können nur eine Einigung auf der Grundlage unseres Programms vornehmen. Eichhorn wendet sich gegen die Streichung des Ausdrucks „parlamentarisch", die schließlich die Ablehnung des Parlamentarismus zur Konsequenz haben würde. Er wendet sich auch gegen den parlamentarischen Kretinismus und kritisiert das Vorgehen Cohns beim Belagerungszustandsgesetz. (Lebh. Beifall.)

Popp bemerkt, daß man in Bezug auf die positive Arbeit nicht allzu ängstlich sein solle. Wir benutzen alle Kampfmittel und das notwendigste ist der Parlamentarismus. Das gilt besonders für die Kommune. Eine Sozialisierung ist jetzt möglich. Haben wir die politische Macht, können wir auch die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen.

Curt Geyer-Leipzig wendet sich gegen die persönlichen Angriffe des Gen. Cohn auf seinen Charakter. Nach der Enthüllung des Skandals Sklarz hätte Cohn nicht mit Scheidemann verhandeln dürfen. Es ist doch ein Unterschied ob man mit Rechtssozialisten oder Kommunisten verhandelt. Seeger hat klar erkennen lassen, daß er nicht auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehe, verwirklicht durch das Rätesystem. Seeger hat bestritten, daß Marx auf dem Boden der Diktatur des Proletariats gestanden hat. Geyer verliest folgendes Zitat von Marx: „Während so die Utopie von dem Proletariat an das kleine Bürgertum abgetreten wird, gruppiert sich das Proletariats immer mehr um den revolutionären Sozialismus . .

Die Permanenzerklärung der Revolution, ihrer Klassendiktatur des Proletariat als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung sämtlicher Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesem Produktionsverhältnis entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungeu hervorgehen.

Marx hat sich da klar und deutlich für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen. Wo die Grenzen zu stecken sind, darum gehen die Differenzen auch mit Hilferding. Die rechtssozialistische Partei zu zertrümmern, ihre Mitglieder zu uns herüberzuziehen, das ist unsere Aufgabe hinsichtlich der Einigung. Wie können wir die Lage des Proletariats ändern? In dieser Situation ist es unsere Aufgabe, die Massen zusammenzufassen zur Bekämpfung unserer Gegner. Hilferding meint, daß man die demokratische Republik verteidigen müsse gegen jene Angriffe von rechts. Die Parole in dieser Situation ist so verkehrt wie möglich, dadurch wird Verwirrung in die Köpfe der Arbeiter getragen. Wenn es eine Situation gibt, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats dartut, dann ist es die gegenwärtige. (Lebhafter Beifall.)

Kretzen-Kiel bekämpft die Anschauungen des Berliner Vollzugsratsmitgliedes Wegmann in der Gewerkschaftsfrage als verhängnisvoll, die dieser in einer Kieler Versammlung vertrat. Die neuen ungeschulten Massen finden die Schuld nicht in den Dingen sondern in der Führung. Die Beteiligung an den Wahlen kann niemals ein Fehler sein, wohl aber die Unterlassung. Das Wort „parlamentarisch" darf nicht gestrichen werden! (Beifall.)

Karsten-Peine meint, daß das Aktionsprogramm besonders günstig sein muß für die Agitationsbedürfnisse auf dem Lande. Die Entschädigungsfrage kann man jetzt nicht erledigen. Die Erringung der politischen Macht ist viel leichter als ihre Erhaltung. Insofern ist die Frage der Einigung des Proletariats äußerst objektiv zu prüfen. Der Wille zur Einigung bei den rechtssozialistischen Arbeitern ist sehr groß. Der Ton der Parteipolemik muß anders werden! (Bravo.)

Braß-Remscheid gibt eine rückschauende Betrachtung der Gegensätze und Unklarheiten wieder, die an dem März-Parteitag herrschten und stellt mit Befriedigung fest, daß heute in allen diesen Fragen die damals zögernden Genossen uns gefolgt sind. Die Freiheit der Wissenschaft habe in die alte Partei den Reformismus getragen, der den Zusammenbruch von 1914 verschuldet habe. Die Arbeiter müssen also doch etwas Vorsicht üben. Was ist von Hilferding in der „Freiheit" zur Klärung des Rätesystems zu sehen? Fast nichts. Hilferding meint, die Arbeiterschaft habe nicht genügend gedrängt zur Sozialisierung. Dabei hat sich im Januar die Bergarbeiterschaft des Westens geschlagen für die Sozialisierung des Bergbaues. Das neue Aktionsprogramm soll die Einmütigkeit der Partei besiegeln. Es muß konsequent durchgeführt werden, dann wird die Aufwärtsbewung der Unabhängigen Sozialdemokratie sich steigern.

Richter-Lötzen richtet die Mahnung der Sachlichkeit an die Genossen. Das Programm muß die Verwirklichung der Internationale bewirken.

Ledebour-Berlin: Bei der sogenannten Einigung des Proletariats handelt es sich um etwas ganz anderes, als hier öfter behandelt wurde. Durch die Frage der Einigung der Parteien wird die Sache auf die formalistische Bahn gedrängt. Es kommt darauf an, auf alle Proletarier einzuwirken, um sie für unsere Anschauung zu gewinnen. Dazu müssen wir eine Politik treiben, die uns das Vertrauen der Massen sichert. Der Trennungsstrich nach links lag Seeger näher als nach rechts. Das steht im Widerspruch zur der Erfassung des revolutionären Proletariats. Die Männer und Frauen, die heute bei den Kommunisten sind, haben vor noch nicht langer Zeit in unserer Partei gestanden. (Sehr richtig.) Sie trennten sich wegen einer augenblicklichen Erstarrung, die sie bei uns festzustellen glaubten. Das war kurzsichtig, denn unsere Partei ist seit dieser Zeit immer revolutionärer geworden. (Sehr richtig.) Ich habe diese Trennung lebhaft bekämpft und bedauert, da der linke Flügel unserer Partei durch das Ausscheiden dieser Kräfte geschwächt wurde. Wenn die Zeit zum Handeln gekommen war, haben wir Unabhängige Sozialisten unsere Pflicht ebenso gut erfüllt. (Beifall und Zurufe: noch besser.)

Die Bewegung gegen den Parlamentarismus bedaure ich. Die Genossen sind sich über das Programm nicht klar geworden. Solange wir nicht in der Lage sind, die parlamentarischen Institutionen zu beseitigen, dürfen wir sie den Genossen nicht verekeln. Der größte Mangel, den wir haben, ist ja der an parlamentarisch geschulten Kräften. Die Genossen, die heute am ärgsten gegen den Parlamentarismus sind, haben sich auf dem ersten Rätekongreß von einem Parlamentarier, wie Leinert, einwickeln lassen. Die Gegner des Parlamentarismus sind Schritt für Schritt gewichen. Wir können statistisch im Augenblick der Handlungen nicht feststellen, ob die Mehrheit bei uns ist. Es kommt auf unsere neuschöpferische Betätigung an, die Mehrheit durchzuführen. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte ist erschöpft.

Genosse Crispien erhält das Schlußwort. Er stellt fest, daß sachliche Abänderungen des Aktionsprogramms kaum gewünscht werden. Er bittet, das Wort „parlamentarisch" im Aktionsprogramm nicht zu streichen, damit nach dem Parteitag die Debatte nicht wieder auflebe. Das Programm soll aussprechen, daß wir uns rückhaltlos auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stellen. Wir werden, gestützt auf dieses Programm, dem Proletariat Ziele und Wege geben. Wenn 1789 und 1848 die Arbeiter für das Bürgertum kämpften, so kämpft 1919 das Proletariat für seine Sache. Wenn man versuchen sollte, die gestürzten Throne wieder aufzurichten, dann wird das Proletariat selbst zur Abwehr entschlossen, zum Kampf bereit sein für den Sozialismus, für die Menschheit! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Lipinski gibt die Vorschläge für die Redaktionskommission bekannt. Die Kommission wird bestimmt aus den Genossen Crispien-Berlin, Hilferding-Berlin, Henke-Bremen, Herzfeld-Berlin, Stoecker-Berlin, Däumig-Berlin, Dißmann-Frankfurt a. Main, Curt Geyer-Leipzig, Kunik-Breslau, Berten-Düsseldorf.

In die Programm-Kommission werden entsandt: Crispien-Berlin, Hilferding-Berlin, Henke-Bremen, Seeger-Leipzig, Braß-Remscheid, Curt Geyer-Leipzig, Däumig-Berlin, Genosse Zietz-Berlin, Genossin Sender-Frankfurt a. Main, Eckart-Braunschweig, Ledebour-Berlin und Simon-Nürnberg. Zur Beratung des Steuerprogramms wird ebenfalls eine Kommission gebildet aus den Genossen Wurm-Berlin, Seeger-Leipzig, Hugo Simon-Berlin, Curt Geyer-Leipzig, Hilferding-Berlin, Stoecker-Berlin, Herzfeld-Berlin, Löhr-Braunschweig.

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Sodann werden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Politische Rundschau

Deutschland

3)

Der Marloh-Prozeß

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Vernehmung des wichtigsten Zeugen, des berüchtigten Oberst Reinhard. Dieser brutale Militarist gefällt sich als Zeuge in der Rolle des derben militärischen Biedermannes. Er gibt zunächst eine völlig entstellte Schilderung von den Ursachen der Kämpfe zwischen der Volksmarinedivision und den Regierungstruppen gelegentlich der Märzunruhen dieses Jahres. Er fährt fort: Ich habe aus den Meldungen des 10. März den Eindruck gewonnen, es handele sich bei der Zusammenkunft der Matrosen in der Französischen Straße um den Versuch einer Neubildung der Volksmarine-Division. Ich glaubte, am 11. März würden sich nur sehr wenige Menschen in der Französischen Straße einfinden, zumeist Verbrecher und dergl. Ich sprach mit dem Oberleutnant Kessel ungefähr in dem Sinne, daß es eine enorme „Dreistigkeit" sei, daß sich diese Ueberläufer vom Feinde jetzt noch ihre Löhnung auszahlen lassen wollten und daß, wenn man die ganze Sache vom Kriegsstandpunkt aus betrachte, die ganze Gesellschaft nach Kriegsrecht zu behandeln sei. Dies könne aber nicht geschehen, da es sich um deutsche Volksgenossen handle, auf die man selbst bei den größten Dummheiten gewisse Rücksichten nehmen müsse. Als Oberleutnant Marloh um Unterstützung bat, schickte ich, ich glaube den Leutnant Schröter, zu ihm, um ihn aufmerksam zu machen, daß er energisch und rücksichtslos vorgehen solle und müsse, daß alle Leute, die mit den Waffen in der Hand sich zur Wehr setzten, entsprechend dem Erlaß des Oberstkommandierenden, erschossen werden sollten, ebenso Leute, die beim Plündern erwischt worden seien. Oberleutnant Marloh ließ dann nochmals dringend um Unterstützung bitten. Es bereite sich auf der Straße ein Auflauf vor. Diese Meldung änderte das ganze Bild. Ich dachte an den 24. Dezember, wo ebenfalls bei einem Straßenauflauf durch Ansammlung von Frauen und Kindern die Garde-Kav.-Schützen-Division den Matrosen im Marstall gegenüber zusammengebrochen war. Ich befahl daher dem Oberleutnant Kessel: „Lassen Sie dem Marloh sagen, er hätte ausgiebig von der Waffe Gebrauch zu machen, die beste Unterstützung sei eine Kugel". Ich weiß aber nicht mehr, wenn ich wirklich eine Zahl genannt haben sollte, ob diese Zahl 150 war. Vors.: Es sind Berichte aus den Akten verschwunden. Wissen Sie, wer die Berichte herausgenommen hat? Die Berichte müssen bei der Brigade Reinhard verschwunden sein. Reinhard: Im Augenblick kann ich das nicht sagen. Der erste Bericht ist mir nicht zu Gesicht gekommen. Vors.: Der zweite von Marloh gegebene Bericht soll schon ganz anders gelautet haben als der erste. Reinhard: Er war allgemein gehalten

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

40]

Als Jordan in der dritten Morgenstunde schon mit gelinde lallender Zunge der Kneipkorona gute Nacht bot, erhob sich diese wie ein Mann und verkündete ihren einmütigen Entschluß, den Herrn Ersten Staatsanwalt in Spe zum Dank für sein heutiges Erscheinen und für die durch ihn erfolgte außerordentliche Belebung der Fidelitas im imposanten Nachtbummel vermittels der erforderlichen Zahl von Automobilen nach Hause zu geleiten.

Drei Autos schnoben also durch den stillen Tiergarten zum Lützowufer; und vor dem ruhig schlafenden Hause gab es noch einen lärmenden Abschied. Aber schon währenddessen hatte Matthias Jordan einen Blick zu seinen Fenstern emporgerichtet und diese mit heftigem Schreck erleuchtet gefunden.

War man noch auf bei ihm um diese späte Nacht- oder frühe Morgenstunde?

Weshalb? Was war da geschehen?

Dieser Schreck machte Jordan im Augenblicke nüchtern. Er riß sich vollends zusammen, als er hinter den hellen Vorhängen seines Arbeitszimmers Rosalindens hohe Gestalt wahrnahm.

Heiliger Nopomuk — sie wartete auf ihn. War nicht zu Bett gegangen.

Ach — du mein Himmel — wie peinlich — wie fatal. Jetzt — in dieser Stimmung etwa noch eine eheliche Auseinandersetzung?!

Man war müde und abgeschlagen — großer Gott — nahmen denn die Sensationen dieses entsetzlichen Tages überhaupt kein Ende . . .?

Die Kollegen waren abgeschwirrt — die letzten Witzworte des Abschiedes verhallt . . . Seufzend verschloß Jordan die Haustür und erstieg langsam die Treppen. Er öffnete die Wohnungstür und hatte, in der Diele lauschend, einen Augenblick den Gedanken, sich sofort in sein Schlafzimmer zu begeben, denn er hatte ja doch nicht nötig, da, späte Aufgebliebensein der Gattin bemerkt zu haben. Bedächtig hing er seine Sachen auf, stand einen Augenblick lauschend und wollte sich schon den hinteren Räumen zuwenden, als er drinnen im Arbeitszimmer Rosalinden hüsteln hörte.

Na, da gab es kein Entweichen. Er war ihr ohnehin in den letzten Tagen offensichtlich aus dem Wege gegangen und spürte sogar jetzt plötzlich eine versöhnliche Regung und das Bedürfnis einer Annäherung, die ja doch erfolgen würde, nachdem der Anlaß der Entfremdung, Herta Hecker, in der allernächsten Zeit aus dem Wege geräumt worden wäre.

So trat er denn in sein Arbeitszimmer ein, in dem er Rosalinden noch immer am Fenster stehend fand.

In seinem festlichen Frack und etwas zerdrücktem Plätthemd kam er mit gerötetem Kopf und freundlichstem Ausdruck auf Rosalinden zu, ihr die Hand entgegenstreckend, um die ihre zu ergreifen und zu küssen.

Sie aber schien das zu übersehen, wandte sich nur langsam nach ihrem Manne um, und warf aus matten, übernächtigen, kummervollen Augen einen prüfenden Blick auf ihn.

„Nun sag mir, um Himmelswillen, Rosalinde, welchen Zweck hat es, daß du hier die halbe Nacht aufsitzest?! Das ist doch wirklich im höchsten Grade dumm . . ."

Er biß sich auf die Lippen. Er hatte ein ganz anderes, weniger verletzendes Wort brauchen wollen, aber der Wein spukte ihm im Blute. Er fühlte, er mußte sich sehr zusammennehmen, durfte seine Frau um keinen Preis spüren lassen, daß er ein wenig über den Durst getrunken. Dabei erfüllte es ihn mit Zuversicht, daß er Rosalinden jetzt viel freier und ungezwungener gegenüberstand als noch an diesem Morgen, wo er sich noch mit Fluchtgedanken und Weltreiseplänen an der Seite der Magdalenenstiftkandidaten getragen hatte.

Vielleicht war es eine Fügung des Himmels, daß Rosalinde noch auf und somit Gelegenheit gegeben war, die Mißstimmung und das eisige Schweigen zu Ende zu bringen, das während der letzten Zeit zwischen den Ehegatten geherrscht hatte.

Denn die von seiten Jordans zugesagte Aufklärung über das, was ihn sichtlich verstört hatte, war immer noch nicht erfolgt, und Rosalinde hätte wirklich hinreichenden Grund, sich gekränkt und übergangen zu fühlen.

Aber um des Himmels willen, sollte es jetzt — jetzt etwa zur Generalbeichte kommen?

Hierauf fühlte Jordan sich in keiner Weise vorbereitet.

Auf keinen Fall ging es, daß er diese ganze, zur Stunde erst im Plane gelöste Geschichte jetzt seiner Frau auftischte. Denn mit Recht würde sie Grund zu mannigfacher Beunruhigung aus ihr schöpfen. Und das sollte, das durfte nicht sein. Hinreichend, wenn einer von ihnen beiden an der Sache schleppte. Zudem war in dieser ja doch noch mancherlei geschehen, wofür es von Rosalindens Seite in Anbetracht ihrer überstrengen Gesinnung nun einmal kein Verzeihen gab — nicht jetzt und nicht später.

Also um Gotteswillen keine halben Geständnisse, keine verdeckenden Erklärungen.

Diese hellen, grauen Augen sahen ohnehin mehr als wünschenswert war, und ihre Blicke hatten etwas von der Durchschlagskraft der X-Strahlen.

Da er aber nun doch in der allervorsichtigsten Art zu lavieren gezwungen war, so bekam Jordan sogleich wieder sein gezwungenes Wesen, aus dessen vorsichtigem Tasten und Fühlervorstrecken Rosalinde auf der Stelle den Eindruck der Unehrlichkeit und Versteckheit wiedergewann. Und das war das Schlimmste, was zwischen diesen beiden jetzt geschehen konnte.

Er legte ihr die Hand auf die Schulter.

„Nun sag mir wirklich, Linda, weswegen bist du nicht zu Bett gegangen?"

Ohne sich zu ihm zu wenden, die Augen in die Nacht hinaus durch das Fenster gerichtet, sagte sie: „Ich hätte ja doch nicht schlafen können."

Das Blut schoß ihm sofort zu Kopf.

Der klagende Ton, den er sonst von seiner Frau nicht gewöhnt war, deutete eine Beschwerde an, eine Beschwerde gegen sein Verhalten.

Was aber hatte er Schlimmes getan? Er war der Einladung eines Kollegen gefolgt, wie alle die übrigen Herren vom Amt, von denen wohl kein einziger deswegen in dieser Stunde von der zu Hause gekränkt harrenden Ehehälfte tadelnden Empfang zu erleiden hatte.

Nur er, er allein war zu solchen Dingen verdammt.

Aber er drängte den aufkochenden Aerger zurück und zwang sich zum liebenswürdigsten Tone.

„Sag mir das Eine, liebes Kind, weshalb, weshalb meintest du nicht schlafen zu können? Bloß weil ich einmal seit unvordenklichen Zeiten der Einladung meiner Amtsgenossen gefolgt bin? Ist das ein solches Verbrechen?

Ich habe mich bisher viel mehr als gut war von den Zusammenkünften der Kollegen ausgeschlossen. Solche Isolierung bekommt man bei Gelegenheit zu spüren.

Das glaube mir nur. Wenn du es mit mir gut meinst, mußt du mich nicht daran hindern, mal an solchen Abenden teilzunehmen. Das tut jeder Mann, der amtliche Beziehungen hat. Das ist noch kein Verbrechen der Frau gegenüber. Freilich habe ich dich in dem Punkte in all den Jahren durch mein Einsiedlerleben so maßlos verwöhnt, daß du natürlich sofort meinst, die Welt gehe unter, wenn ich mir erlaube, mal ein paar Nachtstunden beim Glase Wein mit Standesgenossen zu verplaudern."

Rosalinde antwortete nicht, und dieses Schweigen, in dem ein erneuter und noch schärferer Tadel für ihn enthalten war, peitschte seinen Ingrimm von neuem auf.

(Fortsetzung folgt.)

und klärte nicht genügend auf. Aus diesem Grunde wurde nach Rücksprache mit dem mir bekannten Ersten Staatsanwalt Weismann ein neuer Bericht abgefaßt. Marloh kam nicht genügend mit dem Tatsachenmaterial heraus. (Diese Darstellung ist der Gipfel der Frechheit. In dem dritten Bericht war das wesentlichste herausgelassen, nämlich, daß sich Marloh auf den direkten Befehl des Obersten Reinhard als Beweggrund seines Handelns bei der Erschießung bezog.) Oberst Reinhard wird darauf von den beiden Verteidigern in Kreuzverhör genommen. Er hat auf einmal ein besonders schlechtes Gedächtnis. Rechtsanwalt Grünspach: Wissen Sie, daß bei der Vernehmung des Staatsanwalt Weismann Oberleutnant Marloh gesagt hat: „Es ist zwar eine Lumperei, aber ich tue es im Interesse des Staates. Reinhard: Marloh war so komisch an dem Tage; ich hatte keinen Grund, ihn zu rügen. Rechtsanwalt Grünspach: Ich bitte aus den Akten festzustellen, ob ein Verfahren wegen Aktendiebstahls in dieser Sache eingeleitet worden ist. Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Meyer: Das Gericht der 30. Reichswehrbrigade war zu einem solchen Verfahren nicht berechtigt. Rechtsanwalt Kikath: Herr Oberst, halten Sie Oberleutnant Marloh nicht für fähig, einen klaren Bericht selbständig aufzusetzen? Reinhard: Nicht jeder Offizier ist Jurist und imstande, einen Bericht anzufertigen, der einem Gericht standhalten kann. Es handelte sich damals darum, Marloh zu helfen, da ich merkte, es würden sich für ihn unangenehme Folgen ergeben. Rechtsanwalt Kikath: Also Sie geben zu, daß dieser Bericht schon damals juristisch verwertet werden sollte. Reinhard: Ich habe den Eindruck, daß hier jemand auf Aktendiebstahl festgelegt werden soll. Angeklagter Marloh: Ich habe meinen ersten Bericht wahrheitsgemäß angefertigt. Ich bin zum Staatsanwalt Weismann nur auf Wunsch von Oberleutnant von Kessel gegangen. (Sehr erregt.) Ich lüge nicht. Rechtsanwalt Grünspach: Der Angeklagte ist von Oberleutnant von Kessel intensiv bearbeitet worden, die Wahrheit im Staatsinteresse nicht zu sagen. Da kann man doch nicht behaupten, daß der Angeklagte lügenhaft ist. Ein Antrag der Verteidigung Oberst Reinhard als Sachverständigen zu hören, wird abgelehnt. Es folgt dann die Vernehmung des jetzigen Hauptmanns, damals Oberleutnants von Kessel. Kessel sagt ähnlich wie Reinhard aus. Sehr interessant sind seine Aussagen über die Berichte und die Flucht des Angeklagten, welche von ihm veranlaßt worden ist. Der Zeuge muß einräumen, daß er den zweiten Tatbericht von sechs Dienststellen zurückholen hat lassen und den bei der siebenten Stelle, nämlich den bei den Gerichtsakten später gleichfalls verschwundenen Bericht, zurückerlangen wollte. Schließlich fühlt sich Hauptmann von Kessel insbesondere durch die Fragen der Verteidiger so in die Enge getrieben, daß er seine Aussage verweigert, weil er sich durch eine wahrheitsgemäße Beantwortung der Fragen strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. (In jedem andern Falle würde der Anklagevertreter daraufhin die vorläufige Festnahme angeordnet und den Erlaß eines Haftbefehls durch den zuständigen Gerichtsherrn veranlaßt haben. Aber bei Herrn von Kessel gibt es natürlich keine Kollusionsgefahr und keinen Fluchtverdacht.) — Der nächste Zeuge ist Leutnant Wehmeyer, der Ueberbringer jenes furchtbaren Befehls, der die unmittelbare Ursache zu der Erschießung der 32 Matrosen geworden ist. Lt. Wehmeyer bekundet mit großer Bestimmtheit, Oberleutnant von Kessel sei nach einer Unterredung mit dem Obersten Reinhard in großer Erregung zu ihm gekommen und hätte gesagt: „Nehmen Sie gleich ein Auto, fahren Sie weg und bestellen Sie dem Oberlt. Marloh, daß Oberst Reinhard sehr wütend sei, weil er gegen die 300 Gefangenen zu schlapp vorginge. Von der Waffe ist im ausgiebigsten Maße Gebrauch zu machen und wenn 150 Mann erschossen werden. Alles was er irgendwie erschießen könne, solle er erschießen. Die Unterstützung würde noch ein- bis eineinhalb Stunden auf sich warten lassen. Oberlt. Kessel fügte noch hinzu, Oberst Reinhard wisse auch garnicht, wo er mit den ganzen Leuten bleiben solle.“ Dieser letzte Satz bezieht sich auf die Ueberfüllung der Gefängnisse und kennzeichnet treffend die unglaubliche Roheit der Offizierskamarilla.) Lt. Wehmeyer ist gegen 12 Uhr fortgefahren und bestellte seinen Auftrag an Marloh. Dieser war sehr erregt und schimpfte auf den Befehl: „150 Mann erschießen, du bist wohl verrückt, ich weiß allein, was ich zu tun habe.“ Lt. Wehmeyer hat seinen Befehl als unbedingten Befehl aufgefaßt, dem er und Marloh gehorchen mußten. Vors.: Wenn der Angeklagte nach seiner Behauptung den Befehl befolgt hat, so hätte er doch 150 und nicht nur 30 Mann erschießen müssen. Lt. Wehmeyer: Es heißt doch in dem Befehl nicht: „Du sollst 150 Mann erschießen, sondern nur soviel Du kannst.“ Den von Oberlt. v. Kessel heute überreichten Bericht erkennt der Zeuge nicht als den ersten mit Staatsanwalt Zumbroich verfaßten Bericht an. Das Schriftstück sei vielmehr von ihm nach einem Diktat des Oberlt. v. Kessel mit der Schreibmaschine geschrieben worden. Staatsanwalt Weismann bekam eine Abschrift. Lt. Wehmeyer hat auf Befehl des damaligen Oberlt. v. Kessel die Berichte von den verschiedenen Dienststellen abholen müssen. Vors.: Welche Gründe zu den Umänderungen des Berichts hat Ihnen Marloh damals angegeben? Lt. Wehmeyer: Marloh erklärte, er dürfe nicht in dem Bericht erwähnen, daß er auf Befehl seines Vorgesetzten gehandelt habe. Lt. Wehmeyer bekundet noch, daß Oberlt. v. Kessel gesagt habe, es wäre am besten gewesen, wenn Marloh alle 300 Matrosen erschossen hätte. Oberlt. v. Kessel hat dem Marloh erklärt, es sei seine vaterländische Pflicht zu fliehen, da eine Gerichtsverhandlung soviel Staub aufwirbeln würde, daß sich Oberst Reinhard und Noske kaum halten könnten. Die Hauptverhandlung würde so kompromittierend sein, daß ein Sturz der gesamten Regierung nicht ausgeschlossen sei. Ueber die Flucht des Oberlt. Marloh berichtet der Zeuge, daß er auf Befehl des Oberlt. v. Kessel die gefälschten Papiere hergestellt habe, von denen zwei Oberlt. v. Kessel unterschrieb. (Auf Grund solcher Bekundungen wird nach ständigem Gerichtsgebrauch eine Verhaftung des so Beschuldigten vorgenommen. Eine Verhaftung des Oberlt. v. Kessel ist bis jetzt unterblieben. Seine Kaste hat nach der neuen Reichsverfassung scheinbar besondere Rechte.) Zeuge Staatsanwalt Weismann sagt über seine Mitarbeit bei der Abfassung des Berichts: Marloh suchte mich auf und bat mich, bei dem Bericht behilflich zu sein, da er derartig erregt sei, daß er nicht in der Lage wäre, ihn zu Papier zu bringen. Ich war dazu im Einverständnis mit Oberst Reinhard bereit. Es war lediglich eine persönliche Gefälligkeit, die nichts mit meinem Dienst zu tun hatte. Ich handelte aus folgenden Gründen: Ich halte den Oberst Reinhard für den Retter von Berlin. Von Marloh war nicht viel herauszubekommen, er war völlig verstört und verworren. Das ist erklärlich, angesichts des so grauenvollen Vorganges. Was er erzählt hat, habe ich aus bestem Wissen und Gewissen zu Papier gebracht. Was aus dem Schriftstück geworden ist, weiß ich nicht. Marlohs Ausruf: „Es ist eine Lumperei, aber ich tue es im Staatsinteresse“, ist meiner Erinnerung nach nicht in meiner Gegenwart gefallen. Vors.: Wußten Sie, daß schon vorher ein oder mehrere Berichte gemacht wurden? Staatsanwalt Weismann: Daran kann ich mich nicht erinnern. Er habe den Eindruck gehabt, als ob Marloh sich im Falle der Notwehr befunden. — Staatsanwalt Zumbroich bekundet, daß seine Darstellung völlig der Wahrheit entspreche. Marloh habe sich damals auf die Befehle Noskes, v. Lüttwitz und Reinhards berufen. Nach Zumbroichs Ansicht war Marloh durch die empfangenen Befehle völlig gedeckt. — Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, der die Voruntersuchung bis zum Prozeß gegen die Mörder Liebknechts geführt hat, macht wesentliche Angaben über den Aktendiebstahl, der bei der Brigade Reinhard stattgefunden haben muß. Lt. Schröter bestätigt den scharfen Befehl zu energischem Durchgreifen, den er Marloh im Auftrage des Obersten Reinhard überbrachte. Zum Schluß stellt Rechtsanwalt Grünspach Beweisanträge in Aussicht, aus denen hervorgeht, daß er den Hauptmann von Kessel des Meineides überführen will.

Die Verhandlung wird vertagt.

Die Entlarvung eines Lockspitzels

Der Kilian-Prozeß in Halle dauert nun schon an die drei Wochen. Unter den Belastungszeugen spielte ein gewisser Hartung eine besondere Rolle. Er trat als Kronzeuge des Staatsanwalts auf und dieser wie der Gerichtsvorsitzende nahmen sich in auffälligem Maße des Hartung bei seiner Vernehmung an. Der Staatsanwalt sprang dem Zeugen Hartung mehrfach im Kreuzfeuer der Fragen durch die Verteidiger zu Hilfe. Was für ein Subjekt dieser Kronzeuge und Lockspitzel Hartung ist, brachte der sechzehnte Verhandlungstag ans Licht. Es wird uns darüber berichtet:

„Nachdem in der Verhandlung Hartung noch über verschiedene Punkte vernommen war, gelang es der Verteidigung, an Hand von umfangreichem Aktenmaterial den „Kronzeugen“ Hartung, den noch vor einigen Tagen der Staatsanwalt als einen Zeugen mit fabelhaftem Gedächtnis, wie er ihm in seiner langjährigen Praxis noch nicht begegnet sei, bezeichnet hatte, als ganz gemeingefährlichen Hochstapler zu entlarven. So hat Hartung schon vor dem Kriege unter dem Namen eines Grafen von Clement eine Reihe von Zechschwindeleien begangen. Ebenso muß er zugeben, daß er seinen eigenen Vater bestohlen hat. Ferner hat er unter dem Namen Gebhard von Arnim verschiedene Betrügereien ausgeübt. Um Geld zu bekommen, hat er eine Sammelliste im „angeblichen“ Auftrag der Luftfahrergesellschaft aufgestellt, worauf verschiedene Namen von ihm gesetzt wurden. Wegen dieser Schwindeleien hat damals der Vorsitzende der hallischen Strafkammer geäußert, Hartung sei ein ganz raffinierter Mensch und stünde auf dem Punkte, ein gemeingefährlicher Hochstapler zu werden. Es ist nun bezeichnend, daß sich Hartung in Halle vor einigen Monaten als Beauftragter der Nachrichten-Abteilung der Garde-Kav.-Schützen-Div. Berlin ausgab. Ob ihm von dieser das E. K. I., das silberne Portepee und die Offiziers-Uniform, die er noch jetzt vor Gericht trägt, wegen besonderer Verdienste verliehen wurden, hat Hartung allerdings nicht angegeben, wenn er auch noch eine Reihe von Ordensbändern vor Gericht aus seiner Tasche zog und damit zugab, daß er unberechtigterweise verschiedene Orden und Ehrenzeichen trug. Die Verteidigung stellte ferner fest, daß bei der Verhaftung Hartungs eine ganze Reihe gefälschter Papiere und ein Stempel der Garde-Kav.-Schützen-Div. bei ihm gefunden wurde. Ein besonders typischer Fall, wie Hartung Gerüchte aussprengte und so die verschiedenen Parteien aufeinanderhetzte, zeigt die Frage des Verteidigers Herzfeld: Haben Sie einmal Anfang Januar in der Nacht die Matrosenkompagnie alarmiert, veranlaßt, daß diese nach dem Wettiner Hof zog und als man dorthin kam, niemand etwas wußte. Als der Posten fragte, was denn los sei, haben Sie geantwortet: **„Wir wollen den Bahnhof und Zeitungen besetzen.“** Auf Vorhaltungen, wie er dazu käme, die Kompanie zu alarmieren und ein Seitengewehr aufzupflanzen, wenn dies die Bürgerschaft sehe, so würde der Kompanie die Löhnung entzogen, sollen Sie erwidert haben: Ach was, Löhnung geht uns garnichts an! Der A.- und S.-Rat ist uns schnuppe; wir wissen schon, wo wir unsere Löhnung zu holen haben! Da werden einfach 10 bis 20 Mann genommen und **von den Banken unsere Löhnung geholt.** Ferner hält Verteidiger Herzfeld Hartung vor: Sie haben hier erklärt, Sie hätten damals zur Besetzung der Saale-Zeitung Auftrag von Ferchtland zur Verbrennung der Flugblätter erhalten. Haben Sie nicht Zeugen gegenüber erklärt, daß Sie das in Ihrem eigenen Interesse täten und Ferchtlandt sowie der S.-Rat gar nichts davon wüßten? — Nach langem Hin- und Herreden erwidert Hartung: Es sollte doch niemand erfahren! — Verteidiger Müller läßt feststellen, daß Hartung wegen Unterschlagungen, die er sich als Kantinenverwalter zuschulden hatte kommen lassen, vom Militärgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. — Schließlich wird vom Verteidiger Müller festgestellt, daß all diese Tatsachen schon von der bürgerlichen Presse lang und breit berichtet worden seien. — Der Untersuchungsrichter Strauch bekundet, daß auch noch gegen Hartung eine Voruntersuchung wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung schwebt. Er hat nämlich bei verschiedenen Geschäftsleuten in Halle für die Garde-Kav.-Schützen-Div. Gelder gesammelt und diese für sich verwendet.“

Eine feine Pflanze!

Frankreich

Wahlerfolge unserer französischen Genossen

Der Populaire in Paris meldet: Die Kommunalwahlen in Frankreich erbrachten den unifizierten Sozialisten große Erfolge. Waren bei den Kammerwahlen in Paris am 16. November bei einer Totalstimmenzahl von 535 000 152 000 sozialistische gleich 28 Prozent gezählt, so ergaben die Kommunalwahlen am 30. November bei einer Totalstimmenzahl von 459 000 158 000 sozialistische Stimmen, das sind 35 Prozent. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1912 wurden nur 50 500 sozialistische Stimmen gezählt.

In vielen Städten bestehen nach den Stichwahlen sozialistische Mehrheiten. Bedeutenden sozialistischen Stimmenzuwachs weisen unter andern auf die Städte: Marseille, Lyon, Lille St. Etienne, Roubaix, Reims, Nimes, Limoges, Brest, Tourcoing, St. Denis, Levallois, Calais, Le Mans.

Die Entscheidung über die Internationale

In später Abendstunde ist am Freitag die Entscheidung über die Internationale gefallen. Drei Strömungen rangen miteinander: die Richtung Stöcker-Geyer-Braß, die den bedingungslosen Anschluß an die dritte Internationale forderte, die Hilferdings, die aus taktischen Gründen noch den Genfer Kongreß beschicken wollte und zwischen beiden Ledebour, der gegen die Teilnahme an der zweiten ist, aber auch die Unterwerfung unter das Diktat Moskaus ablehnt. Die Debatte dauerte zwei Tage und stellte den Höhepunkt des Parteitages dar. Nach mehr als neunstündiger nichtöffentlicher Verhandlung erfolgte die Abstimmung. **Die Resolution Stöcker wurde mit 169 gegen 114 Stimmen abgelehnt.** Angenommen wurde mit 227 gegen 54 Stimmen eine Erklärung des Parteivorstandes. Sie lehnt das fernere Mitwirken an der zweiten Internationale ab, und erstrebt den Zusammenschluß der sozialrevolutionären Parteien aller Länder in eine Internationale der Tat. Zugleich aber gibt sie uns die notwendige Bewegungsfreiheit, um zu verhüten, daß unserer Partei **die Gesetze des Handelns von Moskau vorgeschrieben werden.** Es kommt darin die Auffassung des Genossen Ledebour zur Geltung, daß eine Partei von der Bedeutung der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre **Selbstbestimmung** bewahren muß. So ist der Weg frei, nicht nur, wie es die Anhänger der dritten Internationale wollen, für die Zusammenarbeit mit Moskau, sondern zugleich, wie es alle andern Parteigenossen wünschen, für die Aufrichtung einer Internationale der revoltuiionären Aktion.

Eine eingehende Würdigung dieses Beschlusses ist unmöglich, ehe nicht die Verhandlungen im wörtlichen Bericht vorliegen. Darauf muß jedenfalls heute schon hingewiesen werden, daß der Leipziger Beschluß keine Unterwerfung unter den Kommunismus bedeutet, wie bürgerliche und rechtssozialistische Zeitungen glauben machen möchten.

Lohnbewegung der Danziger Werftarbeiter

Die Danziger Gewerkschaften haben am 2. Dezember den Werftarbeitern Gelegenheit gegeben, zu ihrer Lohnfrage Stellung zu nehmen. Schon lange fordern die Werftarbeiter eine Aufbesserung ihrer vor dreizehn Monaten, im November 1918, erfolgten Lohnaufbesserung. Die Löhne der Werften bleiben heute weit zurück hinter den Löhnen selbst kleiner Betriebe.

In Massen folgten sie dem Rufe in die Versammlungen. Die Arbeiter der Reichswerft versammelten sich im Werftspeisesaal; die von Schichau bei Schmidtke und von Klawitter im „Altstädtischen Vereinshaus“. Die Referate in den Versammlungen hatten Arczynski, Krahn und Knauer.

In allen drei Versammlungen kam einmütig zum Ausdruck, daß die Werftarbeiter am Ende ihrer Kaufkraft sind, und ihre Löhne eine Aufbesserung erfahren müssen.

In den Versammlungen der Arbeiter von Schichau und Klawitter wurde hervorgehoben, daß in diesen Betrieben selbst nach Aussagen der Direktionen die Leistungsfähigkeit im allgemeinen die gleiche ist, wie früher bei der Akkordarbeit. Diese Arbeiterschaft hat demnach als erste den Beweis erbracht, daß sie ohne Akkordarbeit auskommt, und daß das Gerede von Minderleistung eben nur ein leeres Gerede ist.

Nach eingehenden Aussprachen nahmen alle drei Versammlungen nachfolgende Forderungen einstimmig an:

1. Arbeitszeit: Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 48 Stunden, täglich 8 Stunden. Die Pausen, der Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit werden im Einvernehmen mit dem Betriebsarbeiterrat festgesetzt.

2. Ueberzeit- und Sonntagsarbeit: Ueberstunden sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Sind solche zur Aufrechterhaltung des Betriebes oder aus sonstigen Gründen unumgänglich notwendig, so erfolgt Verständigung mit dem Betriebsarbeiterrat.

Die Ueberstunden werden dann bezahlt:

a) die ersten beiden nach der achtstündigen Arbeitszeit mit 25 Prozent Aufschlag.

b) alle weiteren mit 50 Prozent Aufschlag.

c) Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent.

3. Nebenarbeit: Die Uebernahme von bezahlter Nebenbeschäftigung ist verboten. Uebertritt ein Arbeitnehmer diese Bestimmung, so kann er nach einmaliger Verwarnung im Wiederholungsfalle ohne Einhaltung etwa bestehender Kündigungsfristen sofort entlassen werden. Die Beschäftigung anderweitig in Arbeit stehender Arbeiter ist dem Arbeitgeber verboten.

4. Löhne: Die Entlohnung erfolgt nach folgenden Stufen und Sätzen:

a) Gelernte Arbeiter 3 Mk., angelernte 2,90 Mk., ungelernte 2,70 Mk., ausgelernte Arbeiter bis zum 20. Lebensjahre 2,60 Mk. pro Stunde.

b) Jugendliche Arbeiter: unter 15 Jahren 0,60 Mk., unter 16 Jahren 1 Mk., unter 17 Jahren 1,30 Mk., unter 18 Jahren 1,60 Mk., unter 19 Jahren 1,80 Mk., bis zu 20 Jahren 2,10 Mk.

c) Lehrlinge: im ersten Lehrjahre 0,60 Mk., im zweiten 0,80 Mk., im dritten 1,10 Mk., im vierten Lehrjahre 1,40 Mk.

d) Frauenbarbeit: Frauen, die als Facharbeiterinnen arbeiten, gelten als angelernte Arbeiter. Für sie gilt bei gleicher Leistung gleiche Entlohnung wie beim Manne.

Die Lohnsätze für ungelernte Frauen, wie Scheuerfrauen, Speisehallenpersonal usw. werden im Einvernehmen mit dem Betriebsarbeiterrat besonders geregelt.

5. Ferien: Jedem Arbeiter wird unter Fortzahlung des Lohnes Urlaub gewährt, und zwar bei einer Beschäftigungsdauer von ½ bis 1 Jahr 6 Tage, 1 bis 5 Jahren 10 Tage, 5 bis 10 Jahren 14 Tage, über 10 Jahren 18 Tage.

Die Urlaubszeit fällt in der Regel in die Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober. Vorausgegangene Beschäftigung in einem anderen Danziger Werftbetrieb, ist in Anrechnung zu bringen, sofern der betreffende Arbeiter in dem Betriebe ein Jahr beschäftigt war. Die Reihenfolge für den Urlaubsantritt hat die Direktion im Einvernehmen mit dem Betriebsarbeiterrat festzusetzen. Wünschen der Arbeiter ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Für Urlaubszeit ist den Arbeitern der

volle Lohn bei Antritt der Ferien auszuzahlen. Eine Entschädigung an Geld, an Stelle des Urlaubs ist nicht gestattet.

6. Werkzeug: Für selbstgestelltes Werkzeug ist eine Entschädigung von 4 Mark pro Woche zu zahlen.

7. Schutzkleidung: Allen Arbeitergruppen und einzelnen Arbeitern, die schmutzige und feuergefährliche Arbeiten verrichten müssen, ist Schutzkleidung zu liefern.

8. Vorübergehende Behinderung der Arbeitsleistung: Diese wird geregelt nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

9. Arbeitsordnung: Die Arbeitsordnung ist zeitgemäß und diesem Abkommen anzupassen, soweit sie günstigere, als vorstehende Arbeitsbedingungen enthält, bleiben dieselben bestehen.

10. Lohnklasseneinteilung: Die Einteilung in die Klassen der gelernten, angelernten und ungelernten Arbeiter erfolgt für die Danziger Werften durch eine aus gleichen Teilen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzte Kommission. Bis zur endgültigen Regelung bleibt es bei dem bestehenden Zustand.

11. Schlichtung von Streitigkeiten: Differenzen, die sich aus vorstehendem Abkommen ergeben, werden in erster Linie durch die Direktion und den Betriebsarbeiterrat, in zweiter durch die Organisation geregelt. Kommt auch hierbei eine Einigung nicht zustande, so erfolgt die Anrufung des Schlichtungsausschusses.

12. Geltungsdauer: Dieses Abkommen dauert bis auf weiteres, und kann von beiden Teilen mit einmonatlicher Kündigungsfrist, jeweils am 1. des Monats gekündigt werden.

Punkt 4 (Löhne) gilt mit rückwirkender Kraft vom 23. September 1919.

In und um Elbing

Straßendemonstration der kaufmännischen Angestellten

Eine große Versammlung der Handels-Angestellten, Techniker und Werkmeister fand am Sonntag vormittag im Volkshause statt, die sich mit der Verschleppung der Tarifverhandlungen befaßte. Im Anschluß daran bewegte sich ein großer Demonstrationszug durch die Stadt, an dem zirka 2000 Personen teilnahmen. Mitgeführte Schilder bekundeten, daß die Demonstranten der Oeffentlichkeit ihre Geschlossenheit und den Willen zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse bekunden wollten. Zum Schluß hielt Herr Vorfalt, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, auf dem Platze vor dem Rathaus eine Ansprache, in der er die Angestellten aufforderte, die eben bekundete Geschlossenheit auch im weiteren Kampfe zu bewahren. Mit einem Hoch auf die Organisation schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Die Lohnregelung in der Elbinger Großindustrie

Sonnabend vormittag traten, wie bereits kurz berichtet, die Vertreter der Elbinger Großindustrie und der Elbinger Arbeiter unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Herrn Winnig zu einer Sitzung zusammen, um die Lohnverhältnisse entsprechend den Wünschen der Arbeiter neu zu regeln. Als Verhandlungsgrundlage waren die Vorschläge über Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften eingereicht, die neben einer Erhöhung der Grundlöhne auch die Wiedereinführung der Akkordarbeit vorsehen. Nach eingehender Aussprache der Parteien, die sich besonders darum drehte, ob es der ostdeutschen Industrie möglich wäre, die Lohnverhältnisse des Westeus als Grundlage anzunehmen, machte der Oberpräsident den Vergleichsvorschlag, daß die Arbeitnehmer sich damit einverstanden erklären sollten, für Elbing die 2. Lohnklasse gelten zu lassen, während die Arbeitgeber die in den Richtlinien vorgesehenen Löhne von 2.20—2.50 Mark als Grundlöhne zahlen sollten. In der Nachmittagssitzung erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer sich mit dem Vergleichsvorschlag einverstanden. Die Vertreter der Arbeitgeber gaben zu erkennen, daß in Anbetracht der so rapid gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel die Forderung auf Erhöhung des Verdienstes gerechtfertigt wäre, daß sie sich aber nicht entschließen könnten, eine allgemeine Erhöhung der Grundlöhne vorzunehmen. Die Arbeitgeber müßten darauf rechnen können, daß Erhöhung der Verdienste nur den Arbeitern zukäme, die auch entsprechende Leistungen aufweisen. Die Vertreter der Arbeitnehmer nahmen gegen diese Erklärungen sofort Stellung und wiesen darauf hin, daß mit dieser Stellungnahme der Unternehmer der Abbruch der Verhandlungen gegeben und eine Verschärfung des Konflikts eingetreten wäre. Beide Parteien stimmten jedoch einem Vorschlage des Oberpräsidenten zu, die Verhandlungen am 11. Dezember in Königsberg zwischen je 3 Vertretern der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer fortzuführen. Abschließend kann bemerkt werden, daß trotz scheinbar weitgehender Differenzen eine Verständigung zwischen beiden Parteien nicht aussichtslos erscheint. Aus den Erklärungen der Arbeitgeber ging hervor, daß sie im Prinzip mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden und im Interesse der weiteren ruhigen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens an einer friedlichen Lösung interessiert wären. Es ist demnach zu hoffen, daß die Verhandlungen am Donnerstag die Lohnstreitigkeiten zu einem für die Arbeiter annehmbaren Abschluß bringen.

Volkshochschule Elbing

In Gruppe C wird am Mittwoch, den 10. Dezember, Herr Oberlehrer Dr. Ryll einen allgemeinen einführenden Vortrag über Konstantinopel mit Lichtbildern halten. Nach kurzem Ueberblick über die deutsch-türkischen Beziehungen während des Weltkrieges und die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Stadt am Goldenen Horn wird der Vortragende seine Hörer durch Stambul die eigentliche Türkenstadt führen, ihnen die wichtigsten baugeschichtlichen Sehenswürdigkeiten, besonders die großen Moscheen zeigen und im Anschluß daran manches aus Sage und Geschichte, sowie aus dem türkischen Volksleben erzählen. Der Vortrag verspricht um so interessanter zu werden, als Herr Dr. Ryll mehrere Jahre an der deutschen Oberrealschule in Pera tätig war und daher vieles aus eigener Anschauung darbieten kann.

Ostdeutsche Nachrichten

Streik kaufmännischer Angestellter

In Marienburg sind am Sonnabend die kaufmännischen Angestellten geschlossen in den Streik getreten. Die Arbeitgeber lehnten jedes Entgegenkommen in schroffster Weise ab. Auch den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch erkannten sie nicht an.

Festnahme eines jugendlichen Hochstaplers

Dem Kommandanturgericht in Königsberg ist es gelungen, einen Hochstapler, der sich Oberleutnant Baron Heinz v. Stakelberg nannte, und vorgab, aus baltischen Adelskreisen zu stammen, zu entlarven. Der erst 18 jährige Jüngling entpuppte sich als Schüler Hans Stoll aus Stettin, ein Sohn achtbarer Eltern, der diesen durch seinen Leichtsinn schon oftmals schwere Sorgen bereitet hat. Durch sein sicheres, weltgewandtes Auftreten und durch die noch immer in weiten Kreisen herrschende leichtgläubige Vertrauensseligkeit gelang es ihm, sich in den verschiedensten Städten des Ostens größere Geldbeträge zu erschwindeln.

Die Schneidemühler Stadtverordnetenwahl

Die Danziger Zeitung berichtet: In Schneidemühl hatten die Stadtverordnetenwahlen folgendes Ergebnis: 7 Deutschnationale und 1 Deutscher Volksparteiler, 7 Katholiken, 5 Unpolitische, 2 Demokraten, 12 Sozialdemokraten und 2 Polen.

Welcher Richtung die gewählten Sozialdemokraten angehören, geht aus dieser Nachricht nicht hervor. Schneidemühl hat eine ziemlich starke unabhängige Organisation. Daß unsere Partei bei der Wahl ausgefallen ist, ist wenig wahrscheinlich.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing hat in der heute stattgefundenen öffentlichen Sitzung auf Grund der eingegangenen Wahlprotokolle folgendes Ergebnis festgestellt:

Es sind gültige Stimmen abgegeben worden:

a)	für den Wahlvorschlag	Braun	2427
b)	„ „ „	Baude	13971
c)	„ „ „	Diegner	1918
d)	„ „ „	Winkler	1571
e)	„ „ „	Lewinsohn	1209
f)	„ „ „	Vorfalt	2014
g)	„ „ „	Carstenn	1119
h)	„ „ „	Polzien	2469
i)	„ „ „	Wegmann	1820
k)	„ „ „	Habecker	774

Unter Berücksichtigung der abgegebenen Verbindungserklärungen entfallen demnach auf

Wahlvorschlag	Braun	5	Sitze
„	Baude	29	„
„	Diegner	4	„
„	Winkler	3	„
„	Lewinsohn	3	„
„	Vorfalt	4	„
„	Carstenn	2	„
„	Polzien	6	„
„	Wegmann	3	„
„	Habecker	1	„

Nach der Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen sind hiernach gewählt:

Vom Wahlvorschlag Braun:

1. Töpfermeister Karl Braun
2. Gewerkschaftsbeamter August Zech
3. Gewerkschaftsbeamter Konrad Finsel
4. Lehrer Bruno Kostz
5. Modelltischler Friedr. Krickhahn

Vom Wahlvorschlag Baude:

1. Geschäftsführer Hermann Baude
2. Geschäftsführer Paul Köhler
3. Parteisekretär Anastasius Grunwald
4. prakt. Arzt Dr. Kranz II
5. Ehefrau A. Baude
6. Geschäftsführer Ernst Vogel
7. Maurer Karl Pätz
8. Geschäftsführer Wilhelm Müller
9. Maschinenarbeiter Franz Kühn
10. Händler Heinrich Perschon
11. Lehrer Erich Lange
12. Geschäftsführer Franz Rudnitzki
13. Kupferschmied Georg Erbien
14. Lagerhalter Gottlieb Poschadel
15. Fabrikarbeiter Josef Wilki
16. Geschäftsführer Hermann Recht
17. Kupferschmied August Schmidt
18. Schlosser Gustav Heß
19. Oekonom Franz Kinski
20. Kaufmann Albert Krüger
21. Gewerkschaftsangestellter Karl Groß
22. Schlosser Otto Hellwig
23. Dreher Franz Harwardt
24. Gewerkschaftsangestellter Friedrich Dangel
25. Geschäftsführer Gustav Wiewrodt
26. Zigarrenarbeiterin Frau Harwardt
27. Kaufmann Friedrich Hippler
28. Kesselschmied Richard Döring
29. Tischler Ernst Gottschalk.

Vom Wahlvorschlag Diegner:

1. Justizrat Ferdinand Diegner
2. Oberingenieur Heinrich Borchers
3. Frau Emma Wilke
4. Deichhauptmann Gustav Funk.

Vom Wahlvorschlag Winkler:

1. Lehrer Hans Winkler
2. Gas- und Wasserwerkdirektor Reinh. Zwarg
3. Steuererheber Georg Becker.

Vom Wahlvorschlag Lewinsohn:

1. Rechtsanwalt Julius Lewinsohn
2. Kaufmann Karl Quintern
3. Lokomotivführer Alfred Dröse.

Da der Kaufmann Karl Quintern am 16. November d. Js. verstorben ist, tritt an dessen Stelle der nächste Kandidat des Wahlvorschlages Lewinsohn, das ist

3. Lehrer Karl Raffel.

Vom Wahlvorschlag Vorfalt:

1. Handlungsgehilfe Georg Vorfalt
2. Vermessungs-Assistent Karl Graske
3. Handlungsgehilfe Richard von Weber
4. Ingenieur Gottfried Cordes.

Vom Wahlvorschlag Carstenn:

1. Frau Ella Carstenn
2. Kaufmann Franz Schiller.

Vom Wahlvorschlag Polzien:

1. Lehrer Josef Polzien
2. Arbeitersekretär Leo Nitsch
3. Dreher Richard Gehrmann
4. Tischler Hermann Dargel
5. Ingenieur und Fabrikbesitzer Paul Wetzki
6. Postsekretär Paul Schulz

Vom Wahlvorschlag Wegmann:

1. Zimmermeister Joh. F. Wegmann
2. Kunstphotograph Willibald Zehr.
3. Konditor und Bäckermeister Fritz Ligowski

Vom Wahlvorschlag Habecker:

1. Schlossermeister Emil Habecker.

Elbing, den 6. Dezember 1919.

Der Wahlausschuß für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Elbing.

Volkshochschule.

Gruppe C.

3. Oberlehrer **Dr. Ryll: Konstantinopel.** (Mit Lichtbildern) **Mittwoch, den 10. Dezember, 8—9 Uhr abends** im Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule. Eintrittskarten 25 Pfg.

Versammlungskalender

Achtung! **Deutscher Metallarbeiterverband.** Montag, den 8. Dezember, 6 Uhr, im Volkshaus, großer Saal: **Branchenversammlung der Kesselschmiede.**

Mittwoch, den 10. Dezember, abends 6 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal: **Branchenversammlung der Bauschlosser und Kleinbetriebe.**

Die Branchenleitungen.

Fabrikarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 11. Dezemb., abends 7½ Uhr, **Versammlung der Molkerei** (H. Schröter) im Volkshaus, Billardzimmer.

Donnerstag, den 18. Dezemb., abends 6 Uhr, **Dachdeckerversammlung** im Volkshaus, Billardzimmer.

Stadttheater Elbing

Montag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr:
Gastspiel des Herrn John Röver-Königsberg
Die Faschingsfee.
Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Dienstag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.

Mittwoch, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Der gestiefelte Kater.
Groß. Kindermärchen mit Tanz in 5 Akten von Siegmund Haak.

Schauspielhaus Marienwerder.

Montag nachmittag ¼4 Uhr: Märchenvorstell. **Aschenbrödel.**
Montag abends ½8 Uhr: Zum 3. Male **Die Büchse der Pandora.**
Mittwoch, Gastspiel in Stuhm: Nachm. **Schneewittchen.** Abends 6 Uhr: **Prachtmädel.**
Donnerstag Uraufführung: **Sein Mädchen und der Freund.** Von Hertzog In Vorbereitung Hamlet, Prizn von Dänemark.

Morgen, Dienstag: Roßfleisch, schieres u. Klopsverkauf. **Metzner,** Hauptstr. 45, Fernruf 659.

Brennholz-Kreissäge in der 3. Niederstr. (nahe der Kläranlage) empfiehlt sich zur geneigten Benutzung.

Ich habe noch Mitarbeiter angenommen, so daß es mir möglich ist, alle
Weihnachtsaufträge
erstklassig auszuführen.
Lichtbildner Kraft Ehrenberg.

Gummibälle,
Fußbälle, Fußballblasen,
Jugendschriften, Bilderbücher,
Unterhaltungsspiele, Schach, Salta rc.
sowie **Spielanleitungen für Spiel und Sport**
empfiehlt bei größter Auswahl
R. Lengning, Fischerstr. 20/21.

Zirka 5000 Feldpostschachteln
darunter auch welche mit Blechdosen, sowie auch
Eierschachteln
um zu räumen, gebe ich an Wiederverkäufer sehr billig ab
Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung
Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Zum Vertriebe eines **neuen ges. gesch. Artikels** für Stadt und Land geeignet,
redegewandte Verkäufer
gesucht.
Gefl. Angebote erbeten an **Postschließfach 20, Elbing.**

Adler-Apotheke
Brückstraße 19
Anfertigung sämtlicher
Krankenkassenrezepte
Nervenstärkungsmittel
Frostmittel
:: **Tierarzneien** ::

1 neues Kostüm
1 Damenplüschjacke
beides Größe 42,
1 Brautschleier und
1 P. Glaceelederschuhe
Größe 37,
preiswert zu verkaufen
Neust. Wallstr. 14, part.

Kiefern-Brennholz
geschnitten,
auch waggonweise, gibt ab
Chemische Fabrik Carl Warm,
Aeuß. Marienburgerd. 8.

Elbinger Standesamt
vom 8. Dezember.
Sterbefälle: Rentier August Friedrich Hoffmann, 83 J. — Fleischerwitwe Johanna Maria Stegmann geb. David, 80 J. — Kaufmann Richard Conrad S. 6 W. — Lagerverwalterfrau Ernestine Oehland geb. Meier, 47 J.

Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme

eingetr. G. m. b. H.

Donnerstag, den 11. d. Mts., abends 6 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung

im Volkshaus.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat. J. A.: **Hess.**

Kommunistische Partei Deutschlands

(Spartakusbund) Ortsgruppe Elbing.

Am Dienstag, den 9. Dezember, nachm. 5½ Uhr im Volkshause, großer Saal

wichtige Mitgliederversammlung

Der Aktionsausschuß.